

Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

SchülerTicket

Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis			Sitzungs- termin
	einst.	Enth.	Gegen.	
Schul- und Sportausschuss				01.02.2005
Rat der Gemeinde				01.03.2005

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Sachverhalt:

Der Schulausschuss hat in seiner 12. Sitzung am 15. Juni 2004 ausführlich die Einführung des SchülerTickets an der Gesamtschule beraten. Auf die Vorlage 0093/04 vom 14. Mai 2004 wird verwiesen.

Einstimmig hat der Ausschuss beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, die Gesamtschule bei der Befragung und Information der Eltern zur Einführung des Schülertickets zu unterstützen.

Die Befragung sollte Aufschluss darüber geben, ob sich eine breite Mehrheit für die Einführung ausspricht und Grundlage für das weitere Verfahren sein.

Mit dem Versand der Schreiben wurde den Eltern die Möglichkeit geboten, im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 23. November 2004 spezielle Fragen zu diesem Thema zu stellen. Für die Beantwortung waren Vertreter/innen der OVAG, der Schulpflegschaft sowie der Schulleitung anwesend. Lediglich ein Elternpaar folgte dieser Einladung.

Nach Mitteilung der Gesamtschule stellt sich das Ergebnis dieser Befragung* wie folgt dar:

- 508 Schreiben wurden versandt
- 246 Rückantworten (entspricht 48,43 %)
- 170 haben mit Ja gestimmt (69,11 %)
- 76 haben mit Nein gestimmt (30,89 %)

*Die Befragung wurde ausschließlich an die Eltern gerichtet, deren Kinder mit dem öffentlichen Personennahverkehr befördert werden und bei Einführung zur Abnahme verpflichtet wären.

Wegen des aus Sicht des Schulträgers nicht abschließend aussagekräftigen Ergebnisses muss vor einer endgültigen Entscheidung des Rates ein Votum der Schulkonferenz eingeholt werden.

Kostenentwicklung und voraussichtlicher Verwaltungsaufwand:

Nach derzeitigem Kenntnisstand stellt sich die Einführung des SchülerTickets für den Schulträger kostenneutral dar. Einsparungen in geringer Höhe könnten sich bei der Durchführung des Schülerpraktikums ergeben.

Der Verwaltungsaufwand ist in der Anlaufphase deutlich höher. Bei Ersteinführung müssen sämtliche Anträge (schätzungsweise weit über 500) geprüft werden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt - vorbehaltlich der nachzuholenden Zustimmung der Schulkonferenz - dem Rat der Gemeinde Marienheide die Einführung des SchülerTickets des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) für die Gesamtschule Marienheide als Regelangebot zur Schülerbeförderung im Linienverkehr zum Schuljahr 2005/2006.
2. Er stellt zugleich fest, dass mit der Einführung des SchülerTickets die wirtschaftlichste Beförderungsart im freigestellten Linienverkehr des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne des § 12 der Verordnung zur Ausführung des § 7 Schulfinanzgesetz (Schülerfahrkostenverordnung – SchfkVO) vom 24. März 1980 gewährleistet ist.
3. Der von den freifahrberechtigten SchülerInnen bzw. durch die Erziehungsberechtigten nach § 7 Abs. 1 Satz 2 Schulfinanzgesetz (SchFG) vom 17.04.1970, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.11.2001, zu zahlende Eigenanteil wird vorläufig auf 10,00 € (max. 12,00 €), für freifahrtberechtigte Zweitkinder wird der Eigenanteil vorläufig auf 5,00 € (max. 6,00 €) festgesetzt. Für jedes weitere freifahrtberechtigte Kind entfällt der Eigenanteil. Für freifahrtberechtigte SchülerInnen mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII entfällt der Eigenanteil.

Die Höhe des Eigenanteils richtet sich nach dem VRS Tarif.
4. Er beauftragt die Verwaltung, einen Vertrag über das Tarifangebot „SchülerTicket“ als Fakultativmodell – Regelangebot – mit der Oberbergischen Verkehrsgesellschaft Gummersbach (OVAG) als VRS-Partnerunternehmen sowie dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH, Köln (RVK) abzuschließen.

In Vertretung

Marienheide, 19. Januar 2005

Marcus Lübken
I. Beigeordneter